

Seite 2

Editorial

Seite 3

Interview mit Salih Muslim

Seite 4/5

Workshops kompakt

Seite 6

Interview Jane Nalunge

Seite 7

Hans- Jürgen Urban



Gipfel für globale Solidarität

5. + 6. Juli in Hamburg

Auf nach Hamburg!

Am 7. und 8. Juli 2017 treffen sich in Hamburg die Staats- und Regierungschef*innen von 19 der wirtschaftsstärksten Industrie- und Schwellenländer sowie Repräsentant*innen der EU. Sie bilden die selbsternannte Gruppe der 20 (G 20). Diese wurde nach der Finanzkrise in Asien Ende der 1990er Jahre geschaffen, um über die Stabilisierung der Weltwirtschaft zu beraten.

Mit dem Ausbruch der großen Finanzkrise verbanden sich auch Hoffnungen auf einen grundlegenden Politikwechsel- doch wurde bislang kein einziges der globalen Probleme gelöst – im Gegenteil: Diese verschärfen sich. Die soziale Ungleichheit spitzt sich zu. Oxfam berichtete Anfang des Jahres, dass acht Männer inzwischen soviel besitzen wie die ärmere Hälfte der Menschheit.

Die geringen Fortschritte, die in den vergangenen Jahren in manchen Bereichen erreicht wurden, stehen schon wieder zur Disposition. US-Präsident Trump will die Bankenregulierung, die nach der Finanzkrise 2008/2008 etwas strikter gehandhabt wurde, wieder lockern. Wie andere Politiker*innen der „Neuen Rechten“ leugnet er, dass die globale Erwärmung durch unsere Produktions- und Lebensweise verursacht ist, und er will das Pariser Klimaabkommen aufkündigen. ▶



G20-Jubel bei den Banken

Am 8. Juni 2017 stimmte das US-Repräsentantenhaus dafür, nach der Finanzkrise 2008/2009 beschlossene Finanzmarktgesetze zu kippen. Zwar fehlt noch die Zustimmung des Senats, aber jetzt schon ist eine Wende in der globalen Finanzmarkt-Regulierung eingeleitet. Diese deutet sich nicht nur in den USA an. Deren Bankenregulierung geht bislang über den internationalen Standard „Basel III“ hinaus. Dagegen opponiert die EU seit Jahren - und so ist denkbar, dass der ohnehin zu schwache Basel-Standard bald infrage gestellt wird.

Im Bankensektor wollen die G20 erreichen, dass kein Steuergeld mehr für die Rettung von Instituten ausgegeben wird. Allerdings hat die Rettung einiger Banken in Italien Anfang 2017 gezeigt, wie schnell Regeln zur Gläubigerbeteiligung über den Haufen geworfen werden. Es rächt sich, dass die G20 nichts gegen Megabanken unternimmt und keine Alternativen wie Banken in öffentlichem Eigentum fördert. Bei anderen Finanzakteuren sieht es noch viel schlechter aus. „Schattenbanken“ spielten in der Finanzkrise eine wichtigere Rolle als bekannt. Einen Tag nach dem Crash von Lehman Brothers geriet einer der größten Geldmarktfonds der USA in Schieflage und die US-Regierung sprach eine Garantie für alle diese Fonds aus. Wirksame Reformen setzten die G20 bei den „Schattenbanken“ nicht durch. Wie wenig die Finanzkrise verändert hat, sieht man auch daran, dass die deutsche Regierung alle G20-Staaten dazu bringen will, einen Kodex der OECD zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs zu unterzeichnen. Als wäre nicht diese Liberalisierung für die meisten Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte mit verantwortlich! Auch bei einem anderen Thema lernt die G20 nicht dazu: In vielen, gerade ärmeren Ländern bräut sich eine Staatsschuldenkrise zusammen. Zwar haben die G20-Finanzminister im März Prinzipien zu nachhaltiger Verschuldung beschlossen, dennoch fehlt noch immer für Entschuldungen ein geordnetes Verfahren.

Bei der Finanzierung von Infrastruktur fordert die G20 schon länger, private Akteure, so Versicherungen und Pensionsfonds, einzubinden. Dabei werden insbesondere Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) befürwortet, für die die Weltbank gerade neue Standards entwickelte. Außerdem wurde ein „Global Infrastructure Hub“ eingerichtet, der Projekte vorantreiben soll. Weitgehend ignoriert werden vielen negative Erfahrungen mit der Privatisierung von Infrastruktur und ÖPP. Eine große Rolle spielen ÖPP auch beim Vorzeigeprojekt der deutschen G20-Präsidentschaft: dem „Compact with Africa“. Afrikanische Staaten sollen mit den G20 erreichen, dass mehr privates Kapital nach Afrika fließt. Wie das geschehen soll, haben im März Afrikanische Entwicklungsbank, IWF und Weltbank klargestellt: Neben der Stärkung von ÖPP werden Investor-Staat-Klagen befürwortet sowie ein „Antwort“-Mechanismus für Konflikte mit Investoren. Zwar findet sich auch die Forderung nach Stärkung öffentlicher Finanzen. Doch diese sollen nur bestimmten Zwecken wie Bildung dienen. Dieser „Compact“ nützt so vor allem den G20 sowie ihren Banken und Versicherungen.

Markus Henn, WEED

► (Fortsetzung von Seite 1:)

Aber auch die Politik der Bundesregierung und der EU widersprechen dem Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Wirtschaftswachstum ist der G20 wichtiger, als den Klimawandel und die Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen zu stoppen.

Die Lippenbekenntnisse der G20 zur Bekämpfung von Armut und Fluchtursachen werden mit einer Politik verbunden, die vor allem private Investitionen fördern und die Kapitalakkumulation vorantreiben will. Geht es nach dem Willen der G20, steht uns eine neue Welle der Privatisierung und Kommerzialisierung der Infrastruktur bevor - von den Autobahnen in Deutschland bis zur Strom- und Wasserversorgung in Afrika. Die Politik der G20 trägt in Wahrheit zur Flucht und Migration von Millionen von Menschen bei. Gleichzeitig machen viele dieser Regierungen die Grenzen dicht und nehmen in Kauf, dass jedes Jahr tausende Menschen sterben.

Viele Regierungen der G20 beschneiden die Rechte der Beschäftigten, der Erwerbslosen und kleinen Selbständigen und verschärfen die Umverteilung von oben nach unten. In vielen G20-Staaten werden Grundrechte und Demokratie abgebaut und Menschen, die sich für soziale und ökologische Belange einsetzen, kriminalisiert.

Regierungen der G20 billigen Waffenexporte, rüsten auf und führen Kriege. etwa in Afghanistan und Syrien - ja, sogar gegen Teile der eigenen Bevölkerung wie in der Türkei. Obwohl die G20 vorgibt, die internationale Zusammenarbeit zu stärken, werden die UNO und ihre Organisationen durch die Politik de facto geschwächt.

All das bedeutet: Die Politik der G20 ist Teil des Problems.

Wir sind überzeugt: Eine andere Politik ist möglich! Deshalb versammeln wir uns beim „Gipfel für globale Solidarität“, bei verschiedenen Aktionen und Demonstrationen vom 5. bis 8. Juli in Hamburg.

Es ist höchste Zeit, dass alle diejenigen, die eine andere Politik wollen oder bereits praktizieren, sich verständigen, wie wir in dieser Situation eine Wende erreichen können. Wir müssen die Zusammenhänge der globalen Probleme untersuchen und sie an der Wurzel packen. Wir fragen:

- Wie überwinden wir Armut, Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Naturzerstörung?
- Wie können wir soziale Rechte global durchsetzen?
- Wie können wir partizipative und demokratische Rechte stärken?
- Wie bekämpfen wir effektiv Rassismus, Frauenfeindlichkeit und Homophobie?
- Wie erreichen wir ein Gemeinwesen, das auf Kooperation, Selbstbestimmung und Solidarität basiert?
- Wie sieht eine Wirtschaft aus, die dem Menschen dient und nicht den Profitinteressen?
- Welchen Grundsätzen sollte globale Politik, einschließlich die der G20, folgen? Und wie sehen alternative Politikansätze aus?

Wir werden diese Fragen auf 11 Podien und in mehr als 70 Workshops mit Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und Politiker*innen aus über 20 Ländern diskutieren. Wir tragen unsere Kritik an der bestehenden Politik zusammen, tauschen uns über Alternativen aus und beraten Strategien für eine solidarische Politik.

Denn es reicht schließlich nicht aus, deutlich zu machen, dass eine andere Politik, eine andere Welt möglich ist, wie es soziale Bewegungen, Gewerkschaften und progressive Parteien seit vielen Jahren tun. Wir müssen vor allem diskutieren, mit welchen Strategien wir eine demokratische, soziale und ökologische Erneuerung der Gesellschaft im globalen Maßstab erreichen können, welche Praxen und welche Bündnisse dafür notwendig sind. Unser Alternativgipfel wird getragen von einem breiten Bündnis aus mehr als 75 Initiativen und Organisationen. Und weil sich die Politik der G20 nicht wegdiskutieren lässt, gehen wir nach dem „Gipfel für globale Solidarität“ auch auf die Straße, und zeigen den Regierenden, was wir von ihrer Politik halten.

Wir nehmen die Probleme selbst in die Hand und lassen uns nicht einfach wie bisher regieren. Auf den folgenden Seiten informieren wir über einige der Themen des „Gipfels für globale Solidarität“ und die wichtigsten geplanten Aktionen.

Werdet Teil der solidarischen Alternativen! Kommt am 5.–8. Juli nach Hamburg!

Gipfel für globale Solidarität Podien-Programm 5. + 6. Juli

Podien Mittwoch, 5. Juli

10:00–12:30 Uhr | Kampfnagel K6 | Auftaktveranstaltung: **Globalisierung reloaded – Die G20 und das globale Krisenmanagement**

12:30–14:00 Uhr | Pause

14:00–16:00 Uhr | Kampfnagel K6 | Podium 1: **Wem dient die Ökonomie?**
Gleichzeitig: **Workshop-Phase 1**

16:30–18:30 Uhr | Kampfnagel K2 | Podium 2: **Gemeingüter weltweit schützen – grenzenlos solidarisch gegen Privatisierung**

Kampfnagel K2 | Podium 3: **Friedenspolitik jenseits von NATO und Militarisierung der EU – Alternativen für den Frieden**

Gleichzeitig: **Workshop-Phase 2**

18:30–19:30 Uhr | Pause

19:30–21:30 Uhr | Kampfnagel K6 | Zentrale Abendveranstaltung: **Alternativen zur Politik der G20-Regierungen auf der lokalen, nationalen, europäischen und globalen Ebene**

Podien Donnerstag, 6. Juli

10:00–12:00 Uhr | Kampfnagel K6 | Podium 4: **Klima retten und Ernährung sichern – geht das mit der G20?** | Wir brauchen ein neues Entwicklungsparadigma für Klimagerechtigkeit und für Ernährungssouveränität!

Kampfnagel K2 | Podium 5: **Weltweit gegen Neoliberalismus und für Demokratie**
Gleichzeitig: **Workshop-Phase 3**

12:00–14:00 | Pause

14:00–16:00 | Kampfnagel K6 | Podium 6: **Für eine offene Gesellschaft: Solidarität gegen Abschottung und Rassismus**

Kampfnagel K2 | Podium 7: **Ungleichheit überwinden, Geschlechtergerechtigkeit durchsetzen**
Gleichzeitig: **Workshop-Phase 4**

16:30–18:30 Uhr | Kampfnagel K6 | Podium 8: **Kooperation statt Konfrontation – Wie kann gemeinsame Sicherheit als Paradigma künftiger Politik durchgesetzt werden?**

Gleichzeitig: **Workshop-Phase 5**

18:30–19:30 Uhr | Pause

19:30–21:30 Uhr | Kampfnagel K6 | Abschlussveranstaltung: **Für Globale Solidarität – mit einer progressiven Internationale? – Strategien gegen den Neoliberalismus und die neue Rechte**



FRAGEN: JANA MATTERT

Rojava ist eine lebende Alternative

Interview mit Salih Muslim, Kovorsitzender der kurdischen Partei PYD in Syrien

Herr Muslim, stellen Sie sich vor, jemand hat noch nie etwas von Rojava gehört und Sie haben eine Minute Zeit, es ihm zu erklären. Was erzählen Sie?

Rojava ist ein Teil Mesopotamiens, das seit Jahrhunderten Angriffen, Ausbeutung und Besatzungen ausgesetzt ist. Ein weiterer Angriff erfolgte in jüngster Zeit durch den IS. Der IS wollte eine demokratische Entwicklung in Sindschar, Ninova und in Rojava verhindern. Dagegen wehren sich die Kurden in Rojava. Im Kampf für Demokratie und ein menschenwürdiges Leben in der Region und weltweit haben sie eine Vorreiterrolle.

Sie kommen zum G20-Alternativgipfel nach Hamburg. Welche Bedeutung hat die G20 für Sie?

Der G20-Gipfel ist ein Treffen der Reichen, auf dem eine gemeinsame Politik festgelegt werden soll. Es geht dabei um die Wahrung ihrer Interessen. Somit ist es ein Treffen der kapitalistischen Moderne. Die große Mehrheit der davon Ausgeschlossenen darf das nicht hinnehmen. Es gibt inhaltliche Alternativen zu der Politik dieser Mächtigen und viele Menschen demonstrieren weltweit dafür. Ein Alternativmodell wie in Rojava ist jedoch derzeit nirgendwo auf der Welt wahrzunehmen.

Rojava ist die lebende Alternative zu der herrschenden Politik der Mächtigen, die sich G20 nennen. Es sind zwar noch die ersten Schritte, die in Rojava für eine demokratische Selbstbestimmung der Völker unternommen werden, aber wir werden sie weiter ausbauen. Wir sind überzeugt, dass das Modell Rojava die richtige Alternative für die Menschen und gegen die Macht des Kapitals ist.

Wie sieht dieses Modell Rojava aus?

Der Herrschaft der Reichen setzen wir eine radikale Basisdemokratie entgegen. Wir bauen ein alternatives System hinsichtlich der Machtverteilung und der Ökonomie auf. Es ist eindeutig, dass die kapitalistische Moderne nicht die Interessen der Menschen vertritt. Sie beutet die Ressourcen unserer Erde und die Menschen aus. Sie basiert auf knallharten Machtinteressen und auf Gewinnmaximierung und dient den Wenigen, die über das Kapital und über Macht verfügen. Die ganz große Mehrheit der Menschen ist hiervon ausgeschlossen. Unsere Welt muss täglich dafür bluten.

Die Alternative hierzu ist eine radikale Demokratie sowohl im Bereich der Machtverteilung als auch im Bereich der Ökonomie in Form von Selbstverwaltung und Kooperativen. Diese versuchen wir in Rojava in die Praxis umzusetzen.

Welche Ansätze bewähren sich dabei?

Wir bauen über Selbstverwaltungsstrukturen mit einem Rätssystem eine Basisdemokratie auf. Die Rechte der Frauen und ihre Selbstbestimmung sind dabei wichtige Errungenschaften. Es geht um den Neuaufbau einer sich selbst organisierenden

Gesellschaft, in die gesellschaftliche Gruppen sich gleichberechtigt einbringen und ein selbstbestimmtes Leben miteinander führen können.

Das ist es, was uns begeistert, mit Lebensmut erfüllt und auch als die Vision von Rojava bezeichnet werden kann. Es kostet viel Kraft, weil dafür eine neue Denkkultur erforderlich ist, die für manche auch einen Machtverlust bedeutet. Die Menschen sollen selbstbestimmt leben und handeln können. Es geht um die Befreiung der Gesellschaft. Die Gesellschaft wird mit neuer Lebenskraft ausgestattet und bestimmt selbst über sich.

Was bedeutet „globale Solidarität“ für Sie?

Der G20-Gipfel ist ein Treffen der Herrschenden, derjenigen, die über das Kapital und die Herrschaftsstrukturen verfügen. Unser Gipfel ist ein Gipfel der globalen Solidarität, all derjenigen, die benachteiligt, ausgebeutet und entrechtet sind. Es gilt, dies weiter auszubauen und Schritt für Schritt eine globale Solidarität zu entwickeln, um im gemeinsamen Kampf eine alternative Position auszuarbeiten. Hierfür müssen wir bestehende Alternativen wie die in Rojava stärken und weitere aufbauen. Eine andere Welt als die, die uns von der G20 auferlegt werden soll, ist möglich und meiner Meinung nach dringend notwendig. Dafür gilt es global zu streiten und sich gegenseitig zu stärken. Nur gemeinsam haben wir die Möglichkeit, eine wirkliche Alternative zu entwickeln. Dieser Alternativgipfel könnte ein Anfang sein.



Foto: Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg

Mehr Solidarität statt Abschottung und Rassismus!

Der Traum von einer offenen Gesellschaft scheint derzeit von allen Seiten bedroht: Während die Welt über Trumps Vorhaben, die Grenze zu Mexiko mit Mauern zu befestigen, den Kopf schüttelt, baut Europa ein subtileres, aber gleichermaßen auf Abschottung zielendes Grenzregime auf, das jedes Jahr tausende Menschenleben fordert. Abwehr und Abschiebung allerorten statt Solidarität und Gerechtigkeit.

Auch wenn die offizielle Rhetorik der deutschen G20-Präsidentschaft die Begriffe Entwicklungszusammenarbeit und Kooperation bemüht, zeigt ein Blick auf die Agenda, was wirklich dahinter steht. Afrikanische und andere Staaten wie Afghanistan sollen über wirtschaftliche Anreize zu Grenzschutzmaßnahmen und Rücknahmeabkommen genötigt werden. Mit zunehmender Dramatik lässt sich mit feststellen, wie die G20-Staaten die Interessen ihrer Wirtschaft und Finanzakteure zum Primat erhoben haben – und dabei jene Fluchtursachen produzieren, deren Auswirkungen sie zu bekämpfen gedenken. Die universellen Rechte der Ausgebeuteten, der Kriegs- und Klimaopfer sowie der Flüchtenden bleiben dabei auf der Strecke.

Auf der anderen Seite wächst der Widerstand gegen die Ausgrenzung und Lagerhaltung, gegen die Abschiebungen in Verfolgung, Krieg und Elend, gegen erpresserische Abschiebeabkommen, gegen die Konditionalisierung von Entwicklungshilfe und gegen die neokolonialen Handelsverträge. Auf amerikanischer Ebene tritt zum Beispiel die mexikanische Organisation „Mesoamerican Migrants Movement“ für die Rechte der Migrant*innen ein, die zunehmend als Ware und Arbeitsklaven gehandelt werden. „In diesem endlosen Kampf um Gleichheit, Solidarität und volle Geltung der verfassungsmäßigen Grundrechte für Migrant*innen, die in ihrer Schutzlosigkeit einfache Beute der neoliberalen Gier sind, müssen wir von defensiven zu offensiven Aktionen übergehen“, zeigt sich Marta Sánchez Soler, Mitgründerin und Präsidentin von Mesoamerican Migrants Movement, die auch auf unserem Gipfel sein wird, überzeugt. Der einzige Weg, Ausbeutung und repressive Migrationspolitik zu stoppen, sei eine breite soziale Mobilisierung und Solidarität. Getreu dem Motto ihrer Organisation: „Gleiche Rechte für Alle, überall, unabhängig von der Herkunft!“ Welche Parallelen und Unterschiede es zwischen dem europäischen und dem US-Grenzregime gibt, welche Konsequenzen das Rückübernahmeabkommen mit Afghanistan hat und vor allem welche Formen von Widerstand und sozialer Mobilisierung praktiziert werden können, wollen wir auf einem Podium mit Gästen aus Mexiko, Mali, Afghanistan, von »Women in exile« und »Lampedusa in Hamburg« diskutieren.

Cornelia Gunßer, Mitglied Flüchtlingsrat Hamburg. Netzwerk afrique-europe-interact

Sascha Brandenburg, Flüchtlingsrat Bremen



Gipfel für globale Solidarität **Workshop-Programm**

An Örtlichkeiten rund um die **Kulturfabrik Kampnagel** finden ab **Mittwoch, 5. Juli 2017, ab 13 Uhr bis zum 6. Juli 2017, Donnerstag, um 19 Uhr** insgesamt **75 Workshops** statt.

Zunächst sind – nach Zeiten sortiert – die Workshops aufgelistet, die in deutscher Sprache stattfinden, es folgen die in englischer Sprache.

Mittwoch, 5. Juli, 13 bis 15 Uhr	„Plattformökonomie“ – die neue Zukunft? Veranstalter: Attac – wiss. Beirat	Zinnschmelze Theaterdeck, Seminarraum
	Resilienzkapitalismus – Ein politisch-ökonomisches Konzept in Zeiten der Unsicherheit Veranstalter: Interventionistische Linke Münster	Barmbek BASCH, Multifunktionsraum 1
	Produzieren weltweite Lieferketten Armutssysteme? ver.di HH, DGB HH	Zinnschmelze, Raum 2
	Gefährdung sozialer Standards durch Freihandels- und Investitionsschutzabkommen wie CETA und TTIP? Veranstalter: Kampagne für saubere Kleidung / Clean Clothes	Campaign Kampnagel, Raum KX
	Neuverhandlung des EU-Mexiko-Handelsabkommens Veranstalter: FDCL, Attac D	Zinnschmelze, Raum 1
	G20-„Partnerschaft“ mit Afrika – Meinungsbildung und Formulierung kritischer Positionen zur „G20-Partnerschaft mit Afrika“ Veranstalter: Interkulturelles Migrant Integrations Center Hamburg – IMIC	Barmbek BASCH, Multifunktionsraum 2
	„Paremos la Mina!“ – Besser leben ohne Kohle. Widerständige Strukturen gegen Kohleabbau in Kolumbien und Deutschland Veranstalter: BUKO, pbi Bildungsprojekt	Zinnschmelze, Theaterdeck
	Wir schaffen ein Klima der Gerechtigkeit – Strategien der Klimacamps und Aktionstage im Rheinland vom 18. bis 29. August Veranstalter: „Ende Gelände“ Klimacamp im Rheinland, „Ende Gelände“ Berlin	Kampnagel, Raum KX
	Krieg – Macht – Flucht – Terror Veranstalter: isw - Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung	Heilandskirche, Drewssaal
14 bis 16 Uhr	Demokratie am Arbeitsplatz – Beiträge internationaler Basisgewerkschaften Veranstalter: Ver.di Ortsverein FB Medien, Kunst, Industrie HH, Rosa-Luxemburg-Stiftung	Kampnagel, Raum K 2
Mittwoch, 5. Juli, 15 bis 17 Uhr	Falsche Versprechen Veranstalter: Attac - Wissenschaftlicher Beirat	Zinnschmelze, Raum 1
	Einkommens- und Vermögensungleichheit – Historische Entwicklung und aktueller Stand Veranstalter: Attac - AG Finanzmärkte und Steuern	Zinnschmelze Theaterdeck, Seminarraum
	Flucht vor dem Klimawandel Veranstalter: Greenpeace	Barmbek BASCH, Multifunktionsraum 1
	Ressourcenfluch 4.0 – Auswirkungen der Digitalisierung der Wirtschaft auf rohstoffreiche Länder Veranstalter: PowerShift, Heinrich-Böll-Stiftung, Ökumenisches Netz Zentralafrika	Zinnschmelze, Theaterdeck
	Die Rolle der G20 in Lateinamerika, der Widerstand und mögliche Alternativen Veranstalter: Lateinamerika Block Hamburg	Zinnschmelze, Raum 2
	Die aktuelle politische Situation in Brasilien Veranstalter: Aktion GenKlage	Heilandskirche, Drewssaal
	Hamburger Hafen – „Tor zur Welt“ oder Brennpunkt aller Drecksengeschäfte? Veranstalter: NoG20 Klimaaktion	Alabama Kinosaal
Mittwoch, 5. Juli, 17 bis 19 Uhr	Alternativen zur konzerngetriebenen Globalisierung Veranstalter: Internationale Sozialistische Organisation	Goldbekhaus, Raum 1
	Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert Veranstalter: Umdenken!, Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg, I.L.A.-Kollektiv	Zinnschmelze, Theaterdeck
	Wem gehört das Meer? Veranstalter: Brot für die Welt, Fair Oceans, Deutsche Meeresstiftung	Zinnschmelze Theaterdeck, Seminarraum
	Quo vadis Postwachstumsökonomie: Sozial-ökologische Transformation in der strategischen Sackgasse? Veranstalter: Attac - AG Jenseits des Wachstums	Heilandskirche, Drewssaal
	Das Gesundheitssystem vergesellschaften! Veranstalter: Interventionistische Linke, medico international, Poliklinik Hamburg	Kampnagel, Raum KX
	Gemeinwohl-Ökonomie - Wirtschaften für das Wohl aller Veranstalter: Gemeinwohl- Ökonomie Hamburg	Zinnschmelze, Raum 2
	Visionen für eine bessere Handelspolitik Veranstalter: Mobile Bildung e.V.	Kampnagel, Foyer
Donnerstag, 6. Juli, 9 bis 11 Uhr	ArbeitFairTeilen – 30-Stundenwoche als sozialökologisches Projekt für Europa Veranstalter: Attac AG ArbeitFairTeilen	Kampnagel, Raum KX
	Klimagerechtigkeit und Tierproduktion Veranstalter: Animal Climate Action	Zinnschmelze, Raum 2
	Trump – marschiert der globale Kapitalismus in Richtung Krieg und Faschismus? Veranstalter: isw - Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung	Epiphaniengemeinde, Kirche
	Die Welt, in der ich leben möchte Veranstalter: IG Metall Jugend	Zinnschmelze, Raum 1
Donnerstag, 6. Juli, 11 bis 13 Uhr	Widerstand und Kunst Veranstalter: Theater X, Zeitschrift Peripherie - Politik, Ökonomie, Kultur	Heilandskirche
	We (don't) care?! (Teil I): An die Arbeit! Eine kritische Untersuchung des Arbeitsbegriffs Veranstalter: Netzwerk Plurale Ökonomik	Goldbekhaus, Theatersaal
	Queer-feministische Ökonomiekritik Veranstalter: FAntifa-Gruppe aus Berlin	Heilandskirche, Drewssaal
	Jenseits von Staat, Macht und Patriarchat - Feministische Wissenschaft & Praxis aus kurdischer Frauenperspektive Veranstalter: Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden in Kurdistan	Zinnschmelze, Theaterdeck
	Panama ist überall - Vor allem in Europa Veranstalter: Attac – AG Finanzmärkte und Steuern	Zinnschmelze, Raum 2
	Auf Wachstum und Profit fixiert oder sozial, klimagerecht und offen - in welcher Gesellschaft wollen wir leben? Veranstalter: Attac AG Jenseits des Wachstums/Kein mensch ist illegal	Barmbek BASCH, Multifunktionsraum 2
Die Logistik des Kapitals Veranstalter: umsGanze	Magazin Fimkunsttheater, Kinosaal	
Die Afrikapolitik des Nordens: Neokolonialismus und Nachhaltigkeit? Veranstalter: EPA-Gruppe Deutschland, Universität Kassel, Kassel postkolonial	Epiphaniengemeinde, Kirche	



Donnerstag, 6. Juli, 13 bis 15 Uhr	Globale Ernährungsgerechtigkeit am Beispiel der Bodenpolitik in Tansania, Sambia und Deutschland Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Agrar Koordination, Misereror, Naturfreunde, FIAN	Epiphaniengemeinde, Saal
	Die Agrar-Konzernmacht der G20 - Fusionen stoppen, Wettbewerbsrecht politisch thematisieren! Veranstalter: Aktion Agrar, Forum Umwelt und Entwicklung, Gen-ethisches Netzwerk, Germanwatch, Projekt Goliathwatch, Heinrich-Böll-Stiftung, Inkota-Netzwerk, Rosa-Luxemburg-Stiftung	Epiphaniengemeinde, Kirche
	Schulden, Privatisierung, Profiteure Veranstalter: Gemeingut in BürgerInnenhand	Kampnagel, Raum KX
	Klimagerechte Unterstützung für die Ärmsten und die 1,5-Grad-Grenze – Wie können die G20 als Hauptverursacher des Klimawandels ihrer Verantwortung nachkommen? Veranstalter: Brot für die Welt, CARE Deutschland-Luxemburg, Oxfam, ACT Alliance	Magazin Filmkunsttheater, Kinosaal
	Politische Kommunen: Solidarität und Herrschaftsfreiheit leben Veranstalter: Kommuja - Das Netzwerk politischer Kommunen	Heilandskirche, Drewssaal
	Transformative Bildung - Jetzt aber richtig!? Veranstalter: Konzeptwerk Neue Ökonomie	Barmbek BASCH, Multifunktionsraum 1
	Aktionstraining Veranstalter: Interventionistische Linke	Zinnschmelze, Raum 2
	Fence-World Veranstalter: Enmedio, Rosa-Luxemburg Stiftung	Zinnschmelze, Raum 1
	Nach 50 Jahren ist es Zeit für eine Revision Veranstalter: BUND Hamburg – Arbeitskreis Suffizienz	Zinnschmelze Theaterdeck, Seminarraum
Den Schwindel aufdecken: Vom verlogenen Freihandelsdiskurs und neuen Konzernklagerechten hin zur Alternativen Handelspolitik Veranstalter: PowerShift, Forum Umwelt & Entwicklung, Attac Deutschland	Alabama Kinosaal	
Donnerstag, 6. Juli, 15 bis 17 Uhr	Selbstorganisation und Widerstand in Griechenland – Solidarität in Europa Veranstalter: Alter Summit, Griechenland-Soli Gruppen in Europa, Gewerkschaftliche Griechenlandsolireisegruppe	Kampnagel, Raum KX
	Ein alternatives Gesellschaftskonzept: Demokratischer Konföderalismus als Lösungsmodell der Kurdinnen und Kurden Veranstalter: NAV-DEM, Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland	Goldbekhaus, Theatersaal
	Die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) – Weichenstellung für eine sozial-ökologische Transformation? Veranstalter: Brot für die Welt/Diakonisches Werk Hamburg, Kirchlicher Entwicklungsdienst der Nordkirche	Alabama Kinosaal
	Finanzmarktkapitalismus: Regulieren oder überwinden? Veranstalter: WEED, BfdW, Böll-Stiftung, attac - wiss. Beirat	Barmbek BASCH, Multifunktionsraum 2
	Hamburg: Umsetzung der Energiewende & Einbindung der Zivilgesellschaft Veranstalter: Hamburger Klimawoche	Zinnschmelze, Seminarraum
	Degrowth in Bewegung(en) Veranstalter: Konzeptwerk Neue Ökonomie	Zinnschmelze, Theaterdeck
	Gegen neoliberalen Welthandel: Von Hamburg nach Buenos Aires Veranstalter: Brot für die Welt, Attac Argentinien	Magazin Filmkunsttheater, Kinosaal
Menschenrechte vor Profit?! Warum wir globale Unternehmensregeln brauchen! Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brot für die Welt, Global Policy Forum	Zinnschmelze, Raum 2	
Donnerstag, 6. Juli, 17 bis 19 Uhr	EU Zukunftswerkstatt Veranstalter: CUBE. Your Take on Europe	Barmbek BASCH, Multifunktionsraum 1
	Alternativen zu G20? Über Sozialismus und Rätedemokratie Veranstalter: Sozialistische Alternative SAV	Zinnschmelze, Raum 1
	Zivile Seenotrettung Veranstalter: Sea-Watch	Zinnschmelze Theaterdeck, Seminarraum
	Wie offen sind meine politischen Strukturen für geflüchtete Frauen*? Veranstalter: women in exile	Kampnagel, Raum KX
	We (don't) care?! (Teil II): Sorgearbeit im Zentrum einer Postwachstumsgesellschaft Veranstalter: Konzeptwerk Neue Ökonomie	Goldbekhaus, Theatersaal
Saatgut: Ernährungssouveränität statt Profite für Saatgutkonzerne Veranstalter: Agrar Koordination, Forum für internationale Agrarpolitik	Zinnschmelze, Theaterdeck	
English language workshops Wednesday, 5th of July	Climate Change in Europe Veranstalter: Friends of the Earth Finland	Kampnagel, Installation, 1–3 p.m.
	Debt Bondage in the Balkans: New Research from the European Semi-Periphery Veranstalter: EnaBanda (broader group of civil society organisations of Eastern Europe)	Goldbekhaus, room 1, 1–3 p.m.
	Labour's quest for democracy at the workplace – contributions from international grassroots labour movements Veranstalter: Ver.di Ortsverein des Fachbereichs Medien, Kunst, Industrie Hamburg, Rosa-Luxemburg-Stiftung	Kampnagel, room K 2, 2–4 p.m.
	Global Democracy for Global Justice Veranstalter: Democracy without Borders; One World: Movement for Global Democracy	Kampnagel, room KX, 3–5 p.m.
	Cities for change as global alternatives – Transformative and fearless experiences, remunicipalisation and urban citizenship Veranstalter: Interventionistische Linke Hamburg, Transnational Institute (TNI), European Alternatives (London, Paris, Berlin, Rome)	Barmbek BASCH, Multifunktionsraum 2 3–5 p.m.
Populisms vs. Climate Protection Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung, Greenpeace	Goldbekhaus, room 1, 5–7 p.m.	
English language workshops Thursday, 6th of July	Applying civil courage in daily life? Veranstalter: Choreographie & Widerstand	Goldbekhaus, Theatersaal, 9–11 a.m.
	New paths for a Europe from below – How to organise and mobilise transnationally in the current global context? Veranstalter: Blockupy International	Alabama Kinosaal, 11 a.m.–1 p.m.
	Corporate influence in the G20 and other international Policy Veranstalter: Brot für die Welt, Global Policy Forum, Heinrich-Böll-Stiftung, Misereror, Was ist Ökonomie?	Kampnagel, room KX, 11 a.m.–1 p.m.
	Resisting Military Drones Across Borders Veranstalter: Attac AG Globalisierung und Krieg, DFG-VK AG Kampfdrohnen	Epiphaniengemeinde, Saal 11 a.m. – 1 p.m.
	How do we fight the different faces of the far-right? Veranstalter: Democrats Abroad – Berlin Chapter / Internationale Sozialisten (NL) / The Coalition (Berlin)	Barmbek BASCH, Multifunktionsraum 2 1–3 p.m.
	Global food sovereignty in examples of land policy in Tanzania, Zambia and Germany Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Agrar Koordination, MISEREOR, Naturfreunde, FIAN Deutschland	Epiphaniengemeinde, Saal, 1–3 p.m.
	Spreading Social Change in Times like these Veranstalter: DIEM25	Epiphaniengemeinde, Church, 3–5 p.m.
	The working class and climate justice. Do they belong together? Veranstalter: Campaign Against Climate Change Trade Union Groups	Zinnschmelze, room 1, 3–5 p.m.
	Borders, social rights and political struggle Veranstalter: International coalition of sans-papiers and migrants (CISPM)	Heilandskirche, Drewssaal, 5–7 p.m.
How open are my political structures to refugee women*? Veranstalter: women in exile	Kampnagel, room KX, 5–7 p.m.	



FRAGEN: JANA MATTERT UND THOMAS SABLowski

Politics of G20 does not support Africa

Interview mit Jane Nalunga, SEATINI, Uganda

How do you assess the politics of the governments of the G20 concerning Africa?

The politics of the G20 is about themselves as G20, not about Africa. I don't see anything that shows that the G20 is interested in Africa, other than how they are going to benefit from what's happening in Africa. For example the „Compact with Africa“ is about getting investment opportunities in Africa for companies from the G20 countries, but not about helping Africa to get out of poverty.

The G20 argues that infrastructure investment stimulates economic growth and economic growth creates jobs and reduces inequality and poverty. Does that argumentation work out?

Ideally infrastructure can support economic growth but it is not automatic. Economic growth has to be planned. So the infrastructure has to be part of a broader planning to stimulate production. I cannot see that in the compact. What I see in that compact is to put money in infrastructure. We have already done that with PIDA. So that compact is not the first time that Africa is addressing infrastructure problems. My country has borrowed a lot of money to put infrastructure in place. But there has not been an impact because of that lack of complementarity between infrastructure and production.

The German government that pushed that initiative forward within G20 speaks of a partnership with Africa. Do you consider it a partnership?

For me a partnership is supposed to be on an equal level. But I cannot see any equality whether it is the „Economic Partnership Agreements“ or in the Marshall plan or in the „Compact“. It becomes a problem the moment you enter these partnerships being a junior partner because you suppress your own interests and rights. Take as an example that „Compact“. In that „Compact“, everything is about investors rights, make yourself beautiful for the investor. But what about the citizens' rights? Infrastructure per se doesn't lead to development. I give you an example. My country Uganda is landlocked. When you look at the side of the road coming into the country it is down and the side back to the coast it is up because we are only facilitating imports. All the cargo which is coming in goes back empty. So infrastructure alone will not promote development.

In the compact PPP is promoted for infrastructure investment. Contracts for PPP shall be standardized. What do you think of this?

It is dangerous. In my country we had bitter experiences with PPP. Our electricity board was privatized as a PPP. In that PPP the government had to compensate all the losses of the company even if

caused by fluctuation in income. Profits are privatized and the risks go to the public. PPP should not be implemented with standard contracts.

What would be good ways to finance the demand for infrastructure? What would be sustainable investments that meet social and ecological criteria? What needs to be done?

Planning for infrastructure should be done at national and regional level. And it has to take into consideration the economic activities. Infrastructure should support particular and specific economic activity. If we want to develop our fishing industry we have to think about what kind of infrastructure we need for that.



Wem nützen „Partnerschaften“ in Investitionen in Infrastrukturen?

Die G20 treibt ÖPP als Zaubermittel ihrer Investitions- und Wachstumsstrategie weltweit voran.

Was hat das jüngste Gerangel um die deutschen Autobahnen mit G20-Politik zu tun? Mehr, als es ein erster Blick es vermuten lässt. Denn die Grundgesetzänderung zur Gründung einer Autobahn-Infrastrukturgesellschaft steht exemplarisch für eine von der G20 forcierte Investitionspolitik, deren Maxime es ist, öffentliche Infrastrukturen für privates Kapital zu öffnen. Eben dieses Modell findet sich auch im „Compact with Africa“, der Initiative des Bundesfinanzministeriums zur deutschen G20-Präsidentschaft. Das Argument: Infrastrukturinvestitionen sorgen für globales Wachstum und neue Jobs. Das wundersame Mittel zur Umsetzung sind Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP). Durch Standardisierung von ÖPP-Verträgen soll deren Um- und Durchsetzung beschleunigt werden.

Während Regierungen mit ÖPP öffentliche Schulden in Schattenhaushalten verstecken können, sollen Finanzmarktakteure wie Pensionsfonds oder Versicherungen in Zeiten von Niedrigzinspolitik renditestarke und stabile Anlagemöglichkeiten ermöglicht werden. ÖPP werden - entgegen vielfältiger wissenschaftlicher Belege und Erkenntnissen der unabhängigen Evaluierungsgruppe der Weltbank als globale „Win-win“-Situation beschworen:

Im globalen Süden sollen durch Mobilisierung privaten Kapitals öffentliche Infrastrukturen finanziert werden, während das Modell zugleich Renten und Lebensversicherungen im reichen Norden sichere. Für die Nutzung der Infrastruktur werden Entgelte erhoben, es fließen Steuermittel in deren Erhalt, Ausbau und Betrieb. Die Gewinne daraus können privat angeeignet werden. Es stellt sich die Frage, wem die sogenannte Partnerschaft nutzt - und vor allem wem nicht.

Die entscheidenden Probleme finden kaum Eingang in den Diskurs: Wer investiert? Zu welchem Zweck? Wer profitiert? Wer zahlt? Wessen Bedarf an Infrastruktur wird berücksichtigt? Und schließlich: Wem gehört dann die Infrastruktur und wer kontrolliert ihre nachhaltige Bewirtschaftung?

Auch auf internationaler Ebene werden die zwispältigen Dimensionen dieser Investitionspolitik deutlich: Institutionelle Anleger konzentrieren sich auf große Projekte; zugleich lenkt der Wunsch nach Wirtschaftswachstum und Konnektivität Investitionen in wirtschaftlich relevante Sektoren wie Energie, Transport, Wasser und Informationstechnologie. Neben dem afrikanischen „Program for Infrastructure Development in Africa“ (PIDA) ist hier das chinesische Seidenstraßen-Projekt als Beispiel zu nennen. Mit einem Investvolumen von 900 Mil-

liarden US-Dollar soll es China mit Europa, Nahost und Afrika verbinden.

Es besteht jedoch die Gefahr, dass die negativen Auswirkungen von Großprojekten die erhofften Entwicklungsimpulse dadurch zunichte machen, dass die Bekämpfung von Klimawandel und Armut der Stabilisierung des Finanzsektors geopfert wird. Wer nach der Krise 2008 hoffte, dass Akteure wie die G20 eine Entwicklung im Sinne des Gemeinwohls durchsetzen könnten, sieht sich mit der Realität einer Investitionspolitik konfrontiert, die private Verwertungsinteressen priorisiert.

ÖPPs verengen die Möglichkeiten staatlicher Regulierung zugunsten von Umwelt- und Sozialstandards. Durch regelmäßige Kostenexplosionen schaden sie den öffentlichen Haushalten und gefährden demokratische Grundrechte wie öffentliche Kontrolle und Mitbestimmung. Künftige Generationen werden mit Schattenhaushalten und Risiken belastet, denn sie sind es, die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge im Krisenfall „retten“ müssen. Das alles gilt nicht nur in Afrika, sondern auch bei uns, überall, anderswo.

Das dürfen wir nicht zulassen!

Zivilgesellschaft muss sich deshalb weltweit breit und solidarisch organisieren, um sich diesem Trend eines globalen Konsenses für Infrastrukturpolitik entgegenzustellen, der von der G20 koordiniert und vorangetrieben wird.

Jana Mattered, Gemeingut in BürgerInnenhand
Heike Löschmann, Heinrich-Böll-Stiftung



HANS-JÜRGEN URBAN, VORSTAND DER IG METALL

Linkes Mosaik für aggressiven Reformismus

Dass die Welt aus den Fugen geraten ist, ist mittlerweile eine Allerweltsformel, derer sich auch die Chefs der G 20 gern bedienen. Wortreich beklagt und bedauert werden Kriege und Flucht- und Migrationsströme, Populismus und Brexit sowie Erderwärmung und Armut. So, als hätten die Staaten des Metropolenkapitalismus nichts mit ihrer Entstehung zu tun.

Doch das haben sie. Unzureichend kontrollierte Finanzmärkte, die andauernde Dominanz eines ökonomischen Neoliberalismus und eine aggressive Austeritätspolitik, die nicht zuletzt von der deutschen Regierung ausgeht, haben ihre Ursprünge und bis heute ihre Basis vor allem in den G20-Staaten. Sie sind die ökonomischen und politischen Machtzentren. Und hier liegen zentrale Ursachen der genannten Weltprobleme.

Das gilt für die Kriege im Nachgang zu neoimperialer Großmachtspolitik wie für die Naturschäden durch das fossilistische Produktions- und Konsumtionsmodell. Es gilt aber auch für eine geradezu perverse Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen in der Welt. Die soziale Polarisierung von Lebenslagen und der Verteilung von Wertschöpfung schreitet weiter voran.

Wie Oxfam berichtet, besaßen die acht reichsten Männer der Welt im Jahr 2016 zusammengenommen 426 Milliarden US-Dollar und damit mehr als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. In den sogenannten Defizitländern im Euro-Raum, die wegen ihrer Staatsschulden unter der Knute der Austerität stehen, breitet sich materielle Armut aus. Und auch in Deutschland, dem vermeintlichen Musterknaben der Welt- und Eurowirtschaft, befindet sich von den gut 6 Billionen Euro Nettovermögen mehr als die Hälfte in den Händen des reichsten Zehntels der Gesellschaft, während die untere Hälfte leer ausgeht oder von Schulden geplagt ist.

Dabei votieren in den entwickelten Ländern viele derer, die Globalisierungsverlierer*innen genannt werden, in ihrer Wut und Perspektivlosigkeit für autoritär-nationalistische Parteien und Bewegungen. Die Demokratieaversion frustrierter Massen

trifft sich mit der Demokratie-Ignoranz autoritärer Führer*innen. Das blockiert zusätzlich, was ohnehin schwierig, aber unverzichtbar ist: Ein aggressiver Reformismus für ein neues, globales Entwicklungsmodell, das dem profitgetriebenen Raubbau an Mensch und Natur entgegenwirkt. Im Kern geht es dabei um Pfadwechsel im globalen Mehrebenensystem, also auf globaler, europäischer und nationalstaatlicher Ebene - ein Unterfangen, die ohne profunde Konflikte nicht zu realisieren sein werden.

Gegenwärtig stimmen die internationalen Kräfteverhältnisse nicht optimistisch, zu stark ist der Aufschwung des Rechts-Populismus und zu zerstritten und machtvorgessenen ist die Linke. Die Perspektive bestünde gleichwohl in einer Gegenbewegung, die reaktionäre, will sagen: nationalistische und rassistische Scheinlösungen zurückweist und bekämpft. Und die akzeptable Wut und berechnete Erwartungen durch eine progressive, will sagen: solidarische und umverteilende Politik von links abholt.

Getragen werden müsste eine solche Bewegung von einem linken Mosaik aus zivilgesellschaftlichen und politischen Kräften. Die Blockupy- sowie die Anti-TTIP-Mobilisierungen zeigen trotz aller Defizite, dass links noch was lebendig ist. Auch Jeremy Corbyn sowie Bernie Sanders und die sie tragenden Bewegungen sind neue Elemente einer solchen, progressiven Kraft. Doch zwei Steinchen machen noch kein Mosaik. Es müssen mehr werden, viel mehr.

Es bleibt unverzichtbar, die konzentrierte Aufmerksamkeit, die auf den globalen Treffen der Reichen und Einflussreichen liegt, für die Stärkung einer autonomen Gegenöffentlichkeit der Vielen zu nutzen. Diskursive Verständigung über gemeinsame Ziele und politische Vereinbarungen für deren Mobilisierung ist dringlich - wie auch die kollektive Arbeit an Mehrheiten für eine sozial-ökologische Transformation, mit der Gerechtigkeit, Naturverträglichkeit und Demokratie auch in die Staaten des Metropolenkapitalismus und damit in die globalen Machtzentren Einzug halten.

Klimaschutz trotz Trump: Gerechter Kohleausstieg in Deutschland

Die Regierungschefs der G20 werden versuchen, sich in Hamburg als die Managerinnen und Manager globaler Krisen zu präsentieren. Aber es ist traurige Realität, dass diese Staaten globale Krisen bislang mehr auslösen und verschärfen, als sie lösen. Das gilt im Besonderen für die globale Klimakrise: Die G20 verursacht mehr als 80 Prozent der globalen CO₂-Emissionen, auch, weil sie sogar 88 Prozent der Kohle weltweit verfeuert. In Hamburg sind also die ganz großen Verursacher der Klimakrise alle zusammen - und müssen gemeinsam handeln.

Einer ist dazu aber nicht bereit. US-Präsident Donald Trump hat durch seine Ablehnung des Pariser Klimaabkommens endgültig bewiesen, dass er die Interessen der Kohle- und Ölindustrie und nicht die der Mehrheit der Amerikanerinnen und Amerikaner vertritt. Die unverschämte Art und Weise, in der er sich gegen den globalen Konsens stellt, hat allerdings paradoxe Folgen. Weltweit formiert sich eine Allianz, die sagt: „Klimaschutz - jetzt erst recht!“ Städte in Amerika wie anderswo sind bereit, mehr zu tun. Firmen wie der Bierproduzent Carlsberg sagen, dass Trumps Nein zum Klimaschutz für sie ein Ansporn ist, ihre Produktion auf Erneuerbare umzustellen.

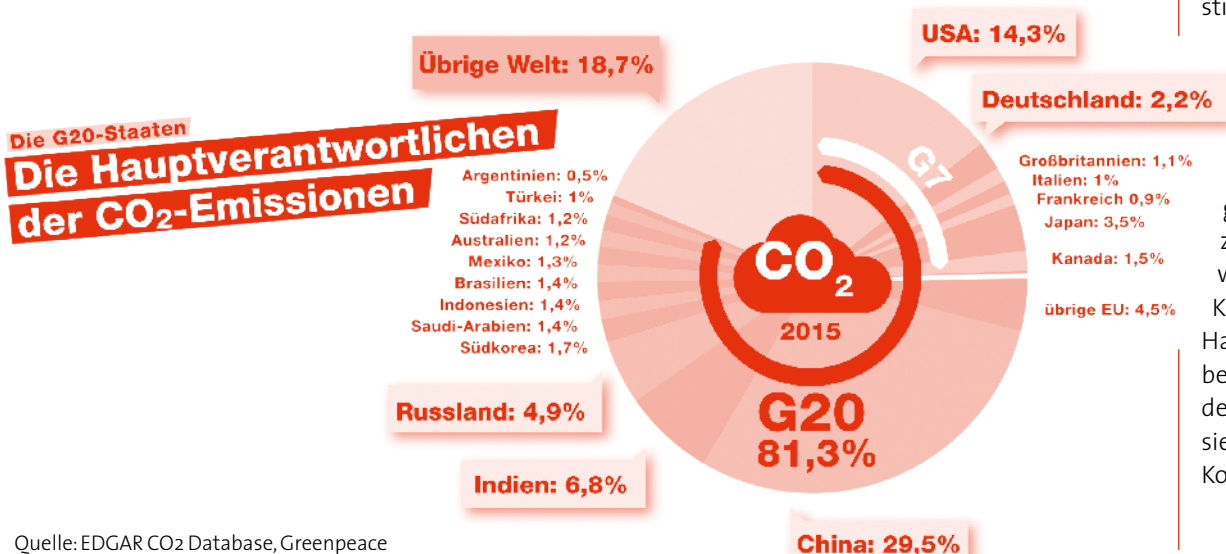
Die Regierungschefs, die in Hamburg mit Trump zusammentreffen, müssen sich an die Spitze dieser Bewegung setzen - und im Zweifel dazu bekennen, dass sie das Pariser Klimaabkommen umsetzen werden. Und in Hamburg müssen konkrete Maßnahmen auf den Tisch, damit das 1,5-Grad-Ziel erreichbar bleibt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Die deutsche Energiewende ist eine weltweit bekannte Inspiration, aber sie hat auch ein massives Glaubwürdigkeitsproblem, da Deutschland weiterhin Weltmeister in der Verbrennung von Braunkohle ist. Das deutsche Klimaschutzziel für 2020 wird klar verfehlt, wenn es keinen schnelleren Ausstieg aus der Kohleverstromung gibt. Derzeit hält Kanzlerin Merkel aber ihre schützende Hand über die Kohle: 40 Prozent des hierzulande erzeugten Stroms stammt weiter aus Kohlekraftwerken.

Konsequenter Klimaschutz ist ohne den Ausstieg aus der Kohleverfeuerung nicht zu machen.

Dies gilt für Deutschland wie für fast alle anderen G 20 Staaten. Wir brauchen eine „Just Transition“ - einen sozial abgefedernten Kohleausstieg, der die Beschäftigten einbindet und die Chance gibt, neue Wege zu gehen. Der Kohleausstieg muss deshalb frühzeitig geplant und schrittweise durchgeführt werden.

Kanzlerin Merkel muss Präsident Trump in Hamburg die klimapolitische Stirn bieten und beweisen, dass sie weiß, dass die Energiewende gut ist für Mensch wie Umwelt. Das kann sie durch die Ankündigung eines konsequenten Kohleausstiegs bis 2030 zeigen.





Die G20 Plattform – Politischer Dreiklang der Proteste

Als im Frühsommer 2016 bekannt wurde, dass die Bundesregierung ihr „höchstes Treffen“ – den G20-Gipfel – am 7. und 8. Juli 2017 im Herzen der Hamburger Innenstadt veranstalten will, kamen Aktivist*innen sozialer Bewegungen und unterschiedlicher Verbände, von (Nicht-Regierungs-) Organisationen, Parteien und Gruppen schnell zusammen.

Ziel war es, sich möglichst frühzeitig darüber auszutauschen, wie ein breiter Protest gegen den G20-Gipfel aussehen kann, der den ganz verschiedenen Protesten und Kritiken gegen die G20 ein gemeinsames Gesicht, eine Stärke in der Vielfalt geben kann.

Aus der Überzeugung, dass der Protest gegen die und die Kritik an der Politik der G20 und die Ideen für eine andere Welt vielfältig ist, hat sich die G20-Plattform als Ort des gemeinsamen Austausches, der Vernetzung und der Kommunikation gebildet. Die Plattform versteht sich bewusst nicht als Gremium gemeinsamer Entscheidungen, Aufrufe oder der Planungen gemeinsamer Aktionen. Sie ist der Ort, an dem all die verschiedenen Planungen und Akteure zusammen kommen, ihre Ideen austauschen und gegebenenfalls aufeinander abstimmen.

In aller Unterschiedlichkeit teilen die in der G20-Plattform beteiligten Gruppen die Orientierung an einem politischen Dreiklang und einer kompakten Woche, das heißt der solidarischen Bezugnahme von Diskussionen (Alternativgipfel), ungehorsamen Aktionen am ersten Tag des offiziellen Gipfels und einer großen, breiten, gemeinsamen, internationalen Bündisdemonstration am letzten Tag des Gipfels. Rund um den offiziellen Gipfel können so die Debatten und Proteste für eine andere Welt und für globale Solidarität in aller Breite und Vielfalt öffentlich hör- und sichtbar werden.

Die öffentlichen Plätze, Räume und Straßen sollen den Menschen gehören, die den Gipfel nicht eingeladen haben. In der Vielfalt, der Unterschiedlichkeit und dem gegenseitigen Respekt werden wir die grenzenlose Solidarität mit all jenen zum Ausdruck bringen können, die weltweit der Politik der G20 entgegentreten.

Corinna Genschel, aktiv in der G20-Plattform

Block G20 – Aktionen am Freitag, 7. Juli

Wenn sich am 7. Juli die Delegationen der G20-Staaten vom Flughafen und den Hotels der Stadt auf den Weg zu den Messehallen machen, werden Hamburger*innen und Aktivist*innen aus aller Welt bereits auf den Beinen sein. Ihr Ziel: Den Ablauf des G20-Gipfels spürbar stören. Ihre Aktion: Block G20. Ihre Protestform: Ein massenhafter, öffentlich angekündigter Regelübertritt. Besonnen und zugleich entschlossen. Sich schützend vor Übergriffen durch

die Polizei und mit einer klaren Maßgabe: „Von uns wird keine Eskalation ausgehen.“

Zwei Wochen vor dem Gipfel hat die Innenbehörde die Stadt endgültig in einen Hochsicherheitstrakt verwandelt und Demonstrationen innerhalb der sogenannten „Blauen Zone“ verboten. Block G20 aber bittet gar nicht erst um Erlaubnis. Wenn Kriege geführt werden und das Klima ruiniert wird, wenn Mauern und Grenzen hochgezogen werden, wenn die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, dann braucht es Menschen, die laut und unmissverständlich „Nein“ sagen.

Das wollen die Aktivist*innen tun. Die Menschen werden auf die Straße strömen und mit zivilem Ungehorsam die Inszenierung der Macht, die der Gipfel darstellt, brechen.

Los geht es früh morgens an unterschiedlichen Treffpunkten. Wenige Tage vor dem Gipfel werden sie unter www.blockg20.org veröffentlicht. Es ist aber ratsam, bereits am 6. Juli um die Mittagszeit anzureisen, um nachmittags auf dem finalen Aktionsplenum letzte Informationen zu BlockG20 zu erhalten.

Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ am Samstag, 8. Juli

Die internationale Großdemonstration am 8. Juli soll der Höhepunkt der Proteste gegen den G20-Gipfel werden. „Wir werden unsere Solidarität mit all jenen zum Ausdruck bringen, die weltweit durch Proteste, Streiks oder Aufstände der Politik der G20 entgegentreten. Unser Verlangen nach einer Welt des Friedens, der globalen Gerechtigkeit und der grenzenlosen Solidarität wird unüberhörbar sein. Wir laden alle Menschen ein, die unsere Empörung und unsere Hoffnung teilen, mit uns gemeinsam am 8. Juli 2017 in Hamburg zu einer lauten, bunten und vielfältigen Demonstration auf die Straße zu gehen“, heißt es im Aufruf.

Das Demobündnis möchte eine Demonstration, auf der sich Junge und Alte, Menschen mit und ohne Papiere, Familien, Menschen mit Handicaps usw. sicher und als Teil der gemeinsamen Bewegung für grenzenlose Solidarität fühlen können.

Demoroute:

Vom Deichtorplatz (Nähe Hauptbahnhof) bis zum Heiligengeistfeld verläuft die Route der Großdemonstration. Der Auftakt beginnt um 11 Uhr, spätestens um 13 Uhr soll der Zug tatsächlich starten, damit alle 50.000 bis 100.000 erwarteten Teilnehmer*innen rechtzeitig zur Abschlusskundgebung (etwa gegen 16 bis 18 Uhr) auf dem Heiligengeistfeld sind. Diesen Platz für den Abschluss müssen wir wahrscheinlich gerichtlich durchsetzen.

Mit dem Bus nach Hamburg:

Um die Anreise zu erleichtern, gibt es eine Mitfahrbörse mit Informationen über Busse, private Mitfahrgelegenheiten und Verabredungen zu Gruppenticketfahrten mit dem Zug.

Alle weiteren Infos auf: busse.g20-demo.de

Versammlungsfreiheit verteidigen

Laut Hamburgs Innensenator Grote sollte der G20-Gipfel „ein Fest der Demokratie werden“. Herauskommen wird wohl das Gegenteil. Die Hamburger Versammlungsbehörde hat mit Allgemeinverfügung vom 1. Juni 2017 ein allgemeines Versammlungsverbot in der Innenstadt und den nördlich angrenzenden Stadtbezirken vom 7. Juli 2017, 6:00 Uhr, bis zum 8. Juli 2017, 17:00 Uhr, erlassen. Betroffen sind 38,5 Quadratkilometer, mehr als manche mittlere Stadt Fläche hat.

Das ist ein eindeutiger Verstoß gegen das Versammlungsrecht. Das Recht, friedlich und ohne Waffen seine Meinung öffentlich zu äußern, gehört zur Grundsubstanz unserer Demokratie. Versammlungen „enthalten ein Stück ursprünglich-ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren“, so das Bundesverfassungsgericht im „Brokdorf-Beschluss“ (14.05.1985, 1 BvR 233/81).

Daran erinnerte sich wohl auch das Verwaltungsgericht Hamburg, das am 21.6. einem Widerspruch der Veranstalter des Protestcamps im Stadtwald recht gegeben hat: „Ein Verbot auch von friedlich verlaufenden Versammlungen setze aber einen polizeilichen Notstand voraus“, den die Versammlungsbehörde „nicht hinreichend dargelegt“ habe.

Dieses Demokratieverständnis war nur von kurzer Dauer. Das Oberverwaltungsgericht hat am 24. Juni den Beschluss des Verwaltungsgerichts aufgehoben.

Wer die G20 in die Stadt holt, darf sich dies nicht auf Kosten der Versammlungsfreiheit erkaufen. Wir fordern den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, die öffentliche und vielfältige Kritik an den G20 als einen wichtigen Bestandteil des G20-Gipfels anzusehen und der Grundrechtsausübung friedlicher Demonstrant*innen höchstmögliche Priorität einzuräumen.

Siehe auch: www.g20hamburg.org/de/content/hamburg-ist-unsere-stadt-wir-wollen-unsere-grundrechte-nicht-zum-g20-gipfel-abgeben

Impressum:

V. i. S. d. P. Attac Trägerverein e. V.

Münchener Straße 48
60329 Frankfurt

Verantwortlich für den Inhalt:

Joachim Heier

E-Mail: info@solidarity-summit.org

Der „Gipfel für globale Solidarität“ wird gefördert durch die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE)

